Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 13.02.2019
Dezernat I	Amt FB 32	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0051/19

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	19.02.2019	nicht öffentlich
Stadtrat	21.03.2019	öffentlich

Thema: Information zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit)

Das Vereinigte Königreich wird voraussichtlich am 29.03.2019 um Mitternacht die Europäische Union verlassen (Brexit).

Noch ist nicht bekannt, unter welchen Bedingungen der Austritt des Vereinigten Königreichs erfolgen wird.

Das BMI informierte auf einer Beratung am 25.01.2019 die Ländervertreter und Vertreter der geladenen Ausländerbehörde über den derzeit aktuellen rechtlichen Stand.

Im Ergebnis dazu kann aus ausländerrechtlicher Sicht Folgendes mitgeteilt werden:

Sollte es zu einem sogenannten „harten Brexit“, also einem Austritt ohne Abkommen mit der EU kommen, werden britische Staatsangehörige sozusagen „über Nacht“ zu Drittstaatsangehörigen und unterliegen dem Aufenthaltsrecht.

Bisherige Freizügigkeitsrechte und sich daraus ableitende Aufenthaltsrechte von Familienangehörigen, die nicht EU Bürger sind (z.B. Inder), wären dann ab dem 30.03.2019 erloschen.

Aufenthaltsrechtliche Folgen für britische Staatsangehörige in Deutschland im Falle keines Austrittsabkommens

Für diesen Fall ist vorgesehen, per Erlass einer Ministerialverordnung festzulegen, dass alle Briten, die bis zum 29.03.2019 in die BRD eingereist sind, für den Zeitraum von 3 Monaten (bis zum 30.06.2019) von einem Aufenthaltstitel befreit sind und arbeiten dürfen. Damit wird ein Übergangszeitraum zur Beantragung des dann erforderlichen Aufenthaltstitels geschaffen.

Ab dem 01.07.2019 gilt dann uneingeschränkt das Aufenthaltsgesetz.

Laut BMI soll es zur Überführung der Aufenthalte in ein Aufenthaltsrecht nach dem Aufenthaltsgesetz großzügige Sonderregelungen geben. Z.B. soll von einer Absicherung des Lebensunterhaltes abgesehen werden und der Familienverband weitreichender gefasst werden als es sonst im Aufenthaltsgesetz vorgegeben. Ebenso sind bestimmte Härteregeleungen anzuwenden.

Fragen zur Einbürgerung

Britische Staatsangehörige die bis zum 29.03.2019 einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben und bei denen alle Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen, werden unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit einbürgert.

Umsetzung in Magdeburg

Per 31.01.2019 leben insgesamt 73 britische Staatsangehörige und 7 Drittstaatsfamilienangehörige in Magdeburg.

Eine erste Information wird auf der Internetseite der LHS eingestellt (siehe Anlage). Darüber wird die ABH die in Magdeburg gemeldeten britischen Staatsangehörigen und deren Familienangehörige Ende Februar anschreiben. Mit diesem Brief erhalten die Betroffenen Informationen zu der zum jetzigen Zeitpunkt bestehenden Rechtslage. Zudem wird mitgeteilt, dass eine Antragstellung für einen Aufenthaltstitel erforderlich ist und welche Unterlagen dafür vorzulegen sind.

Zu der vereinbarten Terminvorsprache werden entsprechend der BMI Vorgabe Fiktionsbescheinigungen gem. § 81 Abs.4 AufenthG mit einer Gültigkeit von 6 – 9 Monaten ausgestellt. Damit sind zunächst der Aufenthalt und das Reisen auch über den 30.06.2019 hinaus erlaubt und die Erwerbstätigkeit gestattet.

Nach in Kraft treten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung zur Überleitung in das AufenthG, wird für jeden Einzelfall geprüft, welcher Aufenthaltstitel zu erteilen ist.

In der Einbürgerungsbehörde liegen aktuell 5 offene Verfahren vor. Diese sollen, soweit die Antragsteller mitwirken, zeitnah abgeschlossen werden.

Sollte das Austrittsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union ratifiziert werden, verschieben sich nach heutigem Kenntnisstand die o.g. rechtlichen Folgen bis zum Ende eines dann festgelegten Übergangszeitraumes.

Holger Platz

Anlage

Abdruck der Internetseite

Für die Homepage der LH

Zur Veröffentlichung am 20.02.19